

[E-Paper Startseite](#)

[Demoversion lesen](#)

[Artikelsuche](#)

[So geht's](#)

[Häufige Fragen](#)

[Preisliste](#)

[AGB](#)

[Kontakt](#)

[Anmelden](#)

Sie sind angemeldet als User:

Gast

FP-Hofer Anzeiger ▼

Auswahl: vom 26.01.2009

26.01.2009

Anzeigen

Komplette
Ausgabe
im PDF-
Format



S. 1
TITELSEITE



S. 2
MEINUNG UN



S. 3
POLITIK



S. 4
OBERFRANKE



S. 5
OBERFRANKE

Offener Brief | Kritisches Forum fordert andere Verteilung der Kirchensteuern innerhalb von Bayern.

Streit in der evangelischen Kirche ums Geld



Nürnberg – Der Finanzstreit innerhalb der evangelischen Landeskirche in Bayern hat sich ausgeweitet. Mit einem offenen Brief haben sich die Initiatoren des Forums „Aufbruch Gemeinde“ gegen Vorwürfe von Synodalpräsidentin Dorothea Deneke-Stoll zur Wehr gesetzt. „Wir wollen aber in effektive Gespräche mit der Kirchen-Leitung einsteigen“, betonte Martin Hoffmann vom Predigerseminar in Nürnberg.

Das Forum hatte auf einer Versammlung Anfang Oktober mehr Rechte für Gemeinden und einen anderen Umgang bei der Verteilung von Kirchensteuergeldern gefordert. Deneke-Stoll warf dem Forum daraufhin mangelnde Solidarität und Kirchturmmentalität vor.

In dem offenen Brief grenzen sich die Forums-Vorstände gegen den Vorwurf des Populismus ab. Die Wertung, es gehe eher um mediale Aufmerksamkeit als um konstruktive Mitarbeit, sei eine Beleidigung, heißt es in dem Schreiben. Die Vorstellung einer mündigen Gemeinde löse bei der Kirchenleitung offensichtlich Ängste aus. Deneke-Stolls Aussagen vermittelten den Eindruck, sie halte die Gemeinden für unfähig, kurzichtig und egoistisch. Die Stellungnahme der Synodalpräsidentin basiere zudem auf Informationen vom Hörensagen.

Wenn es nicht möglich sei, brennende Fragen innerhalb der Synode aufzugreifen, müssten diese eben außerhalb gestellt werden. „Wir hätten uns eine direkte Kontaktaufnahme von Frau Deneke-Stoll gewünscht“, erklärte Hoffmann. Die Anzahl der positiven Zuschriften gebe der Nürnberger Initiative recht. Die Synodalpräsidentin habe unterdessen ihr Interesse und ihre Bereitschaft zu Gesprächen angekündigt, teilte ein Sprecher der Landeskirche mit. dpa